

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1896

74 (27.3.1896) II. Blatt

Ausgaben
Wöchentlich 2 Pf. 50 H.
Abonnementpreis:
vierteljährlich:
in Karlsruhe durch den Verleger
bezogen: 2 Mark 50 Pf.,
in das Haus gebracht: 2
Mark 80 Pf., durch die Post
ohne Zustellgebühr 2 Mark
50 Pf. Vorauszahlung.

Badische Landeszeitung.

Anzeigegebühren
Die 14spaltige Kolonelle
oder deren Raum 20 Pf.,
im Restamenten 60 Pf.
Bemerkungen:
Unbenützte Stellen
werden nicht aufre-
halten und können nachträglich
sonstige Anzeigen
verdrängen.

Nr. 74. II. Blatt.

Karlsruhe, Freitag, den 27. März.

1896.

Kurze Nachrichten.

S. K. d. d. Großherzog haben sich unter dem 20. März d. J. gnädigst bewegen gelassen, dem Hotelbesitzer Franz Großholz in Baden das Ritterkreuz 2. Klasse des höchsten Ordens vom Großherzog zu verleihen.
Mit Entschiedenheit groß. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 11. März d. J. wurde Stationsverwalter Rudolf Gharrier in Hornberg als Witterungsbeobachter nach Karlsruhe-Manglerbachhof und Expeditionsassistent Josef Schömer in Karlsruhe zur Verleihung einer Witterungsbeobachterstelle nach Mannheim verlegt.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 26. März.

70. öffentliche Sitzung der 2. Kammer.
Am Regierungssitz: Minister v. Brauer, Geh. Rat Eisenlohr, Geh. Rat Haas, Ministerialdirektor Schenkel, Oberbaudirektor Honell und Ministerialrat Heil.
Präsident Schöner eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr.
Eingelassen ist eine Petition des Kreisassistenten Mannheim um Aufhebung der Strafe 146 Großhachsen-Mannheim aus dem Kreisstraßenverband und Wiederannahme in den Landstraßenverband, ferner eine Bitte der Gemeinde Heinsgründ um Verbesserung der Kreisstraße von der Halde nach dem Hofberg.

Minister v. Brauer bringt einen Gesetzentwurf ein, betreffend Herstellung einer schmalspurigen Lokalbahn von Karlsruhe über Ettlingen nach Forstheim und von Karlsruhe über Ettlingen nach Herrnsfeld, und bemerkt dazu: Diese Bahn stelle sich zusammen aus zwei ursprünglich getrennt behandelten, dann aber zweckmäßigerweise zusammengefügten Projekten. Es solle eine Bahn von Karlsruhe nach Ettlingen unter Einbeziehung der im Gebirg zwischen Alts- und Pfalzthal gelegenen Orte nach Herrnsfeld geführt werden. Die Bahn werde die Länge, die man bisher im Lande einer Privatgesellschaft zum Bau und Betrieb überlassen habe. Sie werde 57 km lang werden. Der Staatszuschuss für den Kilometer sei ein verhältnismäßig geringer, 18,000 M., bei der Länge der Bahn aber im Ganzen bedeutend, nämlich 1 Million, genauer 960,000 Mark. Mehrere Gründe, gerade diese Bahn werde der Landwirtschaft und Industrie jeder Gegend große Vorteile bringen, und möchte daher bitten, den Entwurf einer wohlwollenden Beurteilung zu unterziehen. Zur Verhütung wolle er hinzufügen, daß dies das letzte Bahngesetz sei, das in dieser Session den Abgeordneten unterbreitet werde. (Gehehrt.)

Auf Vorschlag des Abg. Fießer wird der Gesetzentwurf betreffend die Erziehung für die Gemeindevorstände der Kommission für die Gemeindeordnung überwiesen, während die Ortskirchensteuer vorläufig eine besondere Kommission von 7 Mitgliedern überwiesen wird. Die Beratung des Berichts des Abg. Fießer I. über das Budget der Oberdirektion des Wasser- und Straßenaufbaus wird fortgesetzt.
Geh. Rat Eisenlohr teilt mit, daß die Strafe Nr. 22 Wernsbach-Sipertan vorläufig Landstraße bleiben solle.
Abg. Goldreich (nat.-lib.) wünscht, daß eine Straße des Mendthols reicheres Schottermaterial erhalte.
Abg. Reichert (Ctr.) hat ebenfalls Wünsche bezüglich einer Straße.
Abg. v. Bodmann (Ctr.) spricht dem Minister den Dank für sein Entgegenkommen aus.

Abg. Fießer (Ctr.): Die Meinungen über die Zeit der Beendigung gingen im Hause auseinander. Das Beste wäre, wenn der Minister über den Gegenstand für die nächsten Tage, dann könnte man es allen Recht machen.
Abg. Schöner (Ctr.) äußert sich über die Abweisung. Die Abweisung habe Vorteile, aber auch Nachteile gebracht. Hat Wünsche bezüglich der Vorarbeiten.

Geh. Rat Schenkel: Das Gesetz vom Jahre 1877 habe die bestrittene Frage, welche die Verhandlungen des Reiches betreffen, ob dem Staat oder den Gemeinden, für die letzteren günstig gelöst. Dem Staat sei das Vorland von 9 Meter Breite zugewiesen, alles andere gehe den Gemeinden. Es seien mehr als 10,000 Hektar den Gemeinden, dem Staat nur 1000 Hektar zugewiesen. Die Gemeinden hätten 11 Millionen Wertzuwachs erhalten. Auch die Gemeinde Altrichheim sei keineswegs geschädigt worden. Bezüglich der Flußbauener sei ebenfalls kein Anlaß gewesen, in eine weitere Erörterung einzugehen. Es sei nicht richtig, was v. Stodporer vortragen meinte, die Regelung von 1876 sei zum Nachteil der Gemeinden ausgefallen. Das Gegenteil sei richtig. Die Flußbauener habe beständig abgenommen, von 155,000 bis auf 109,000 M. Das sei bei den Flußbauten der Fall gewesen. Bei den Sicherungsarbeiten handle es sich sowohl um allgemeine, wie um lokale Interessen. 1/3 trage der Staat und nur 2/3 die Gemeinde. Es sei also kein Grund zu Klagen. Bei erheblichen Beschädigungen wie in diesem Jahr werde sowohl bezüglich der Flußbau- wie der Dammbauarbeiten die Lage der betr. Gemeinden berücksichtigt werden. Der Staat bedürfe der Vorarbeiten und zur Regelung seines Bedarfs an Holz. Es sei jetzt leichter die Vorarbeiten 115,000 Stück Holz, 145,000 Stück Holz aber der Gesamtbedarf. Im einzelnen Fall habe der Staat sich noch nie geniert, Vorarbeiten abzutreten, wenn das Grundstück und im Interesse der Gemeinde war.
Abg. Fießer (nat.-lib.): Zunächst hätten viele Gemeinden Eigentum abgetreten, in der Hoffnung, daß dann ihr Eigentum geschädigt sein werde. Diese Hoffnung aber habe sich nicht erfüllt. Manche Gemeinden seien knochentüchtig und er hoffe, daß die Regierung einen Ausgleich eintreten lassen werde.
Abg. v. Bodmann (Ctr.) hat Wünsche betr. die Verdingung der Arbeiten durch die Gemeinden.

Oberbaudirektor Honell: Klagen seien der Behörde noch niemals vorgekommen. Die inländischen Arbeiter seien der Vorzug haben.

Abg. Fießer (nat.-lib.) bringt Wünsche aus seinem Wahlbezirk bezüglich der Verdingung der Dämme der Futtkanal für Fuhrwerke zur Sprache. Es handle sich nur um einen Vertrag mit kleinen Fuhrwerken und um Viehtransporte. Die Regierung sei zu einem Entgegenkommen bereit, wenn die Gemeinden eine Fahrbahn herstellen. Das sei aber gar nicht notwendig. Wenn schwere Steinfuhrwerke darüber fahren, so könne man die Verdingung auch den Gemeinden freilassen für das kleine Fuhrwerk.

Ministerialdirektor Schenkel: Das letzte Hochwasser habe gezeigt, wie notwendig es sei, daß die Dämme nicht in einer Weise benützt werden, die ihrem Zweck nicht entspreche. Die Deiche würden mit Steinen nur befaßt zur Vornahme von Dammarbeiten. Die Grenze für leichte Fuhrwerke wäre schwer festzusetzen. Jeder würde sein Fuhrwerk für ein kleines erklären. Der Gehweg ohne von den Gemeinden nur dann benützt werden, wenn er wie ein Gemeindegut hergestellt sei.

Abg. Goldreich (nat.-lib.) wünscht, daß man den Flußbau in der Reichsweite der Straßeneinsparungen Adern zuteilen möchte. Das erpare den letzten Umständlichkeiten und dem Staate Nutzen. Es komme hinzu, daß die Rheinbauinspektion in Offenburg überführt sei. Man möge deshalb seinen Wünsche entgegenkommen. Auch sollte der Dammbau in Offenburg wieder in Oberried seinen Wohnsitz erhalten.

Oberbaudirektor Honell: Der Mangel an Ingenieuren, der immer noch vorhanden sei, habe die Ausführung des Flußbaus in der Reichsweite die Rheinbauinspektion in Offenburg herbeigeführt. Im Sommer sei am Rhein wenig zu thun, so daß die meisten Arbeiter in dieser Jahreszeit sich den Eckenflüssen widmen können. Man habe auch noch niemals gleichzeitig Hochwasser des Rheins und der Eckenflüsse gehabt. Man werde sich erkundigen, ob der Dammbau in der Nacht vom 9./10. März nicht auf seinem Posten an der Hand war. Die Reichsweite nicht genügende Beschäftigung für einen Dammbauer.
Abg. Dreißner (Ctr.): Aus Wiesental und andern Gemeinden an der Soalbach werde geflagt, daß die Obstbäume am Soalbachdam entfernt werden sollen.

Abg. Fießer (nat.-lib.) ist ganz damit einverstanden, daß die Unterhaltung der Dämme nicht leide. Der von den Gemeinden gewünschte Vertrag werde aber die Dämme nicht schädigen.

Abg. v. Bodmann (Ctr.): Die Orte Hörden und Ottenau hätten jedes Frühjahr von Hochwasser zu leiden. Um eine gründliche Abhilfe herbeizuführen, möge die Regierung Mittel und Wege angeben.

Abg. Strübe (nat.-lib.): Es sei auffallend, daß bei der Ueberziehung aller Dämme es an Ingenieuren für Flußbau und Wasserbau fehle. Es sei im Gefolge worden, daß die Herren überlastet seien. Die Veranlassung ge-

genüber andern Beamten sei weggefallen. Vielleicht liege der Grund für den Mangel an Technikern im Examen.

Oberbaudirektor Honell schildert die Verhältnisse bezüglich Hörden und die sich freudigen Interessen. Zunächst der Ingenieurnot seien die schlimmsten Fälle überwunden. Der Andrang zur technischen Hochschule wachse und bei der letzten Staatsprüfung, die gut ausgefallen sei, habe man eine Anzahl von Kandidaten gehabt wie seit 15 Jahren nicht. Im Examen liege ein Mißstand nicht.

Abg. Fießer (Ctr.) tritt Geldreichs Wünschen entgegen. Die Zulassung an die Rheinbauinspektionen habe sich bewährt. Die Offenburger Inspektion werde entlastet durch die in Karlsruhe neu zu errichtende Rheinbauinspektion.

Abg. Goldreich (Ctr.) freut sich über die Anstellung würt. Geometer.
Geh. Rat Haas giebt Aufschluß über den Stand der Katastervermessung. Bis Ende 1893 waren 1712 Gemarkungen fertig gestellt, 1894 25 Gemarkungen, 1895 27. Somit seien jetzt beendet 1774 Gemarkungen von 2136. Ausstehend sind noch 362, wovon im Lauf sind 246. Noch nicht angefangen ist in 117 Gemarkungen. Wenn man württembergische Geometer bezogen habe, so liege das darin, daß man mit der Katastervermessung und der Lagerbücherei gedrängt sei. Lagerbücher seien jetzt 1686 angefertigt, 458 stehen noch an.

Abg. Grüniger (Cent.) freut sich über die Forderung für den Brückenbau bei Hammereisenbach.
Die von 32,400 M. für die Dreibrücke in Freiburg wird abgesetzt, weil die durch das Hochwasser gefasene Lage dies zweckmäßig erscheinen läßt.

Abg. v. Bodmann (nat.-lib.) äußert sich über den Mannheimer Industriezweig. Die Industrie brauche, um prosperieren zu können, billigen Grund und Boden und günstige Wasser- und Bahnverkehrsverhältnisse. Hoffe, daß die Kammer die Forderungen für die Kammergehälter annehme.

Abg. Goldreich (nat.-lib.) bringt Wünsche der Heilbringer Fischer und Schiffer betr. die Eisgenüßung auf dem Neckar zur Sprache. Hoffe, die großfl. Flußbauverwaltung werde zwar eine gewisse Ordnung bei der Eisgenüßung aufrecht erhalten, aber von den Leuten keine Abgabe verlangen.

Oberbaudirektor Honell: Die Flußbauverwaltung sei zu Änderungen bereit, wenn nur die Ordnung dabei gewahrt werde.

Abg. v. Bodmann (nat.-lib.) erklärt in persönlicher Bemerkung gegenüber dem Abg. Fießer I., daß er über den Zeitpunkt der Beendigung sich nicht geäußert habe. Er habe nur gewünscht, daß der Schotter eingeworfen werde.

Abg. Fießer I. protestiert dagegen, daß v. Bodmann sagte, er habe schlechte Räte gemacht. Es sei nicht seine Gewohnheit, schlechte Räte zu machen.

Der Präsident beanstandet den Ausdruck.
Abg. v. Bodmann: Er habe es nicht so schlimm gemeint und nur die Verneuerung Fießers im Auge gehabt, daß die Behörde auch über den Gegenstand verfügen sollte.

Nach einigen Bemerkungen des Berichterstatters Fießer I. und des Ministers über den Gehalt des Bergmeisters äußert sich der

Abg. v. Bodmann (Ctr.) über das Kohlenbergwerk Bergbauposten. Man solle Mittel und Wege suchen, das Verfallswerden der Arbeiter zu verhindern.

Nach Erledigung des Budgetberichts erstattet

Abg. v. Bodmann Bericht über die Bitte der Straßenwärter des Bezirks Hornbühl und des Landes um Verbesserung ihrer dienstlichen Lage. Die Petenten wünschten ständige Anstellung oder Erhöhung ihrer Gehälter. Die Kommission habe die ständige Anstellung nicht für angängig. Eine Erhöhung der Gehälter sei vor 2 Jahren erfolgt. Kommissionsantrag: Ueber den Wunsch auf ständige Anstellung zur Tagesordnung zu übergehen, die Bitte um höhere Gehälter der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen in dem Sinne, daß die Regierung eine eventuelle Erhöhung der Gehälter in wohlwollender Ermäßigung ziehen möge, bezüglich der Bitte um Verbesserung der Gehaltsfragen zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. v. Bodmann (nat.-lib.) nimmt sich der Petenten an. Sein billiger denksamer Mann werde bezweifeln, daß bei einem Tagesverdienst von wenig über 1 M. eine Erhöhung der Gehaltsätze am Plage sei. Man habe den Einheitslohn für die Straßenwärter und man möge von dieser Erhöhung etwas den Straßenwarten zufommen lassen. Die Gehaltsfragen hätten allerdings einen andern Dienst und verdienten eine Berücksichtigung von den andern Straßenwarten. Man solle heute, die ihre Pflicht thun, auch ordentlich bezahlen.

Abg. v. Bodmann (nat.-lib.) ist befremdet über die Kommissionsanträge; Redner hätte empfehlende Ueberweisung erwartet. Schildert eine Meinungsverschiedenheit zwischen Straßenwart und Inspektionsvorstand. Der Urlaub für die Straßenwärter sei zu gering. Klage über die geringen Bezüge und das „hinfällige Leben“ der Straßenwärter. Ein alter 68jähriger Straßenwart in seinem Bezirk bringe weniger Gehalt als sein jüngerer Kollege und sei wegen der betr. Maßregel des Inspektionsvorstands, der den effizienten Gehalt bezöge, auf die öffentliche Mithilfe angewiesen, obwohl er seine ganze Zeit dem Dienst des Staates zu widmen habe. Es sei außerordentlich schmerzhaft, einen Mann, mit dem man ein ganzes Leben zusammen gearbeitet hat, ohne Pension gehen lassen und sagen zu müssen: Der Wirth hat seine Sautigkeit gethan, der Wirth hat gehen. Bereitet sich in endlosen Ausführenden über die Veralteterung der Hilfsarbeiten, die Telegraphenunternehmungen, die Postträger, u. s. f. Bericht der Wägerei der Straßenwärter und demnächst besonders das „Brot“ (Gehehrt). Die Kontrolle solle eingeschränkt werden. Nach meiner Erfahrung hat derjenige Straßenmeister, der am meisten Lohn, seinen Bezirk am besten in Ordnung. (Gehehrt.)

Geh. Rat Haas: Die Bauverwaltung liegt auf dem Standpunkt der Kommission. Ueber Beamtenschaft gehe in der Anstellung niedriger Stellen weiter, als dies in andern Ländern der Fall sei. Die Straßenwärter, die doch Tagelöhner seien, in das Beamtentum aufzunehmen, würde schwere Konsequenzen haben. Die große Anzahl der gewerblichen Arbeiter im Staatsdienst, besonders im Eisenbahndienst, würde dann auch kommen. Der Gehalt der Straßenwärter sei sehr knapp, aber so gering seien die Verhältnisse nicht. Der Durchschnitt sei 430 M., dazu kommen Krämern, Ermahnung, welche letztere von den Petenten selbst auf 50 M. bemerkt werde, und verschiedene Entlohnungen. Berücksichtigt werden unterst und haben Alters- und Invalidenrenten. In Kronenrenten werden bis zu 3 Monaten, manchmal sogar über 3 Monate hinaus, die Kosten des Stellvertreters vom Staat getragen. Auch die Sache mit den Hilfsarbeiten sei nicht zu unterschätzen. Man habe schon wiederholt angefordert. Der Einheitslohn für die Straßenwärter habe statt auf 505 M. auf 510 M. erhöht werden sollen, aber infolge des Widerstands des Finanzministers habe man sich mit 505 M. begnügen müssen. Er hoffe, daß bei einer weiteren Erhöhung des Einheitslohnes es möglich werde, auch für die Straßenwärter etwas weiteres zu thun. Er wäre der letzte, der einer Aufbesserung der Straßenwärter widerstreben würde. Sie seien brave, fleißige und tüchtige Leute. Sie werden auch nicht dillantieren, wenigstens bis das nicht ihre Absicht.
Auf eine Bemerkung v. Bodmanns (nat.-lib.) erklärt

Geh. Rat Haas, daß eine Arbeitszeit von 10 Stunden im Sommer nicht zu viel sei. Daß ein Straßenwart unterst werde, Brot zu essen, würde er nicht billigen.

Berichterstatter Haas: Die Kommission habe einer Verbesserung der Straßenwärter nicht abgeneigt gegenüber. Stenographen habe Graun in Graun gemacht. Nicht nur bei den Straßenwarten, sondern auch bei den Landwirten, den Arbeitern u. s. f. sei es üblich.

Abg. v. Bodmann (Ctr.) äußert sich über die Besetzung der Stellen mit allen gegen 5 Stimmen angenommen, Abg. 2 einstimmig angenommen, Abg. 3 mit allen gegen 15 Stimmen angenommen.

In die Kommission für das Ortskirchensteuergesetz werden die Abgg. Hennig, Kapp, Kögler, Eder, Leibach, Strauß und Fießer gewählt.
Ende gegen 1 Uhr. Nächste Sitzung Freitag Vorm. 9 Uhr.

Karlsruhe, Tagesordnung zur 71. öffentlichen Sitzung der 2. Kammer am Freitag, den 27. März 1896, vormittags 9 Uhr: 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Beratung über die gesetzliche Behandlung des Gesetzentwurfs der Kommunalsteuer des Badenbergerbetriebs betr. 3) Beratung des Berichts der Kommission über den Gesetzentwurf, die Haltung der Buchstaben, Buchstabe und Buchstabe betr. Berichterstatter: Abg. Schmid. 4) Beratung des Berichts der Kommission über den Gesetzentwurf, die Führung der Grund- und Flurbücher in einigen Städten betr. Berichterstatter: Abg. Frey von Bodmann.

Aus dem Großherzogtum.

Baden, 24. März. Herr Franz Großholz, der Besitzer des Hotels „Victoria“, vollendet morgen in erfreulicher Frische des Alters und Gestalt sein 90. Lebensjahr. Herr Großholz blüht auf in einhaltreichem Leben zurück, in welchem er seine Kräfte stets bereitwillig in den Dienst der öffentlichen Interessen und der Wohlfahrt seiner Vaterstadt stellte. Lange Jahre hat er als Mitglied des großen Ausschusses und des Gemeinderats sich mit treuer Hingebung und Pflichterfüllung der städtischen Angelegenheiten gewidmet. In den stürmischen Jahren 1848 und 1849 war er Kommandant der baden Bürgerwehr und hat als solcher durch seine Umsicht und Klugheit der Stadt wesentliche Dienste geleistet; unsere Vaterstadt blieb in jener kritischen Zeit, die so viel Unheil über andere Teile unserer badischen Heimatlande gebracht hat, bekanntlich von jeder Verheerung verschont. Auch dem Landtage gehörte Herr Großholz eine Zeit lang an. Er wurde am 23. Oktober 1861 zum Abgeordneten der Stadt Baden für die zweite Kammer der Ständeversammlung gewählt, konnte jedoch seiner Gesundheit wegen dieses Mandat nur zwei Jahre ausüben. Auch in zahlreichen anderen Ehrenstellen hat der Jubilar seinen Bürgerinn und seine warme Teilnahme am öffentlichen Wohl betätigt.

Hilzingen, 26. März. Dem Vorgehen vieler anderer Orte folgend, soll nunmehr auch Hilzingen ein Kriegerdenkmal erhalten. Zum Zwecke des Aufbringens des nötigen Geldes wird mit Genehmigung höherer Orts eine Sammlung von Haus zu Haus veranstaltet werden. Es wäre zu wünschen, daß diese Sammlung den besten Erfolg haben möchte. — Die warmen Frühlingstage brachten die Aristolochien reich zum Blühen, aber auch sonst ist in der ganzen Natur neues Leben eingetreten. Die Vögel stehen bis dahin so, daß ein reicher Ertrag erwartet werden kann.

Am Manden, 25. März. Schon geraume Zeit ist seit der Ermordung der Hebamme Vetter von Esphenhofen auf der Straße nach Blumberg verfloßen und merkwürdigerweise will sich kein sicherer Anhaltspunkt bieten, wer und wo der eigentliche Mörder sein möchte. Daß in unserer Gegend dieses Dunkel noch fortwährend den Hauptgegenstand des Tagesgesprächs bildet, ist natürlich.

Personalveränderungen

im Bereiche des Ministeriums des Innern.
Berlegt in gleicher Eigenschaft:
Die Schupmannen: Wilhelm Meier beim Amt Baden zum Amt Heidelberg, Johann Bed beim Amt Pforzheim zum Amt Freiburg, Johann Schmidt beim Amt Karlsruhe zum Amt Pforzheim, Philipp Schlegel beim Amt Karlsruhe zum Amt Pforzheim, Karl Apfel beim Amt Karlsruhe zum Amt Pforzheim, Heinrich Riff beim Amt Karlsruhe zum Amt Baden.

Ernannt:
Kunze Karl Franz beim Amt Mannheim wird zum etatmäßigen Amtskassier ernannt.

In Ruhestand versetzt:
Johann Albrecht, Konseidenten beim General-Landesarchiv wird seinem Ansuchen entsprechend unter Anerkennung seiner langjährigen treu geleisteten Dienste in den Ruhestand versetzt.

Personalnachrichten

aus dem Bereiche der Großh. Zollverwaltung.
Berlegt:
Grenzaußere Wilhelm Senfleder in Randegg nach Stillingen, Grenzaußere Alois Dammert in Unterwieshofen nach Oberwieshofen nach Stillingen.

Zurückgenommen:
Die Verlegung des Grenzaußers Wilhelm Schuh in Meerburg nach Unterwieshofen.

Gestorben

Nebenollamtsdiener Fridolin Straubhaar in Kleinlaufenburg am 14. März d. J.

Verleihen wurde:

die 18jährige Dienstausscheidung:
den Revolutionsaussehern Karl Christian Heiser in Mannheim, August Wacker in Karlsruhe, Josef Kirchhäger in Lahr, dem britischen Grenzaußere Franz Wagner, St.-Nr. 5 in Dogen, dem Grenzaußere Ludwig Herrmann, St.-Nr. 136 in Basel, Peter Müller, St.-Nr. 77 in Basel, Franz Haber Sauter, St.-Nr. 476 in Basel, Josef Schützer, St.-Nr. 414 in Basel; den Postführern Josef Schuwer, St.-Nr. 345 in Dogen, Robert Stoll, St.-Nr. 440 in Benggen; dem Grenzaußere Georg Hagendorf, St.-Nr. 388 in Kadelburg; den Postführern Maxus Bahner, St.-Nr. 207 in Gimmelschhofen, Vincenz Hummel, St.-Nr. 419 in Rheinheim; dem Grenzaußere Johann Jakob Reif, St.-Nr. 102 in Gollmadingen; den Postführern Heinrich Huber, St.-Nr. 194 in Randegg, Vincenz Lang, St.-Nr. 33 in Arlen; dem Grenzaußere Gerhard Gröber, St.-Nr. 275 in Konstanz; dem Postführere Josef Fagel, St.-Nr. 118 in Unterwieshofen; dem Nebenaußere Josef Karl Friedrich Müller in Waghäusel; dem Schiffsbegleiter Johann Alois Nonnenmacher in Mannheim; den Hafenaussiehern Ludwig Reichert in Mannheim, Karl Dörr in Mannheim, Wilhelm Bender in Mannheim, Ludwig Kaiser in Mannheim, Lorenz Dietrich in Mannheim, Karl Schuler in Mannheim;

die 12jährige Dienstausscheidung:
den Revolutionsaussehern Magnus Bähly in Vöhrach, Georg Stich in Mannheim, Johann Georg Heitz in Mannheim; dem britischen Grenzaußere Adolf Soder, St.-Nr. 9 in Weigen; den Grenzaußere Johann Schöber, St.-Nr. 65 in Wengershofen, Ferdinand Büchel, St.-Nr. 329 in Basel, Georg Schneider, St.-Nr. 273 in bei Rheinheim; dem Postführere Stefan Lehner, St.-Nr. 26 in Hilzingen; dem Grenzaußere Johann Sauter, St.-Nr. 44 in Niedheim, August Bogel, St.-Nr. 303 in Eingen; den Postführern Josef Gäh, St.-Nr. 269 in Gollingen, Karl Josef Haas, St.-Nr. 269 in Hennenhofen, Johann Franz, St.-Nr. 313 in Ziang, Johann Haller, St.-Nr. 257 in Bodman, dem Grenzaußere Johann Sonthheimer, St.-Nr. 460 in Staad, Kaspar Hagmüller, St.-Nr. 36 in Konstanz; den Postführern Emil Maier, St.-Nr. 143 in Petershausen, Johann Georg Niedmüller, St.-Nr. 219 in Reichenau-Niederzell; dem Grenzaußere Karl August Eißler, St.-Nr. 128 in Konstanz; dem Nebenaußere Josef Leo Matt in Waghäusel; dem Hafenaussiehern Karl August Baumann in Mannheim.

Aus dem Bereiche der Großh. Steuerverwaltung.

Zum Steuerassistenten in Konstanz wurde Postführere Theodor Schuch in Unterwieshofen ernannt.

Mit Entschließung Großh. Ministeriums der Finanzen wurde dem Finanzpraktikanten August Verthold in Tauberbischofsheim eine erste Gehaltsstelle bei Großh. Finanzamt daselbst übertragen.

Als Finanzgehilfe wurde aufgenommen:
Alfons Reitemann von Durlach.

Gestorben:
Den 14. März d. J.: Anton Kempff, Kanzleirat bei Großh. Steuerdirektion.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 26. März.
Stadtverordnetenwahlen. Wie der „Bad. Beob.“ mitteilt, sind die Verhandlungen des Centrums mit der demokratisch-freiwillichen Volkspartei nunmehr zum Abschluß gekommen; beide Parteien werden eine gemeinsame Liste aufstellen.

□ Kleine Chronik. Ein Müllerbursche aus Stodach, welcher am 11. d. Mts. hierher zugereist kam, hat unter dem Borgehen, daß er bei einem Müller in Durlach auf 16. März in Arbeit trete, einen die Bauge-

